

# Fall "Niklas": Entschädigung statt Knast



„In dubio pro reo“ (Im Zweifel für den Angeklagten) ein Grundsatz, der vor willkürlicher Strafverfolgung schützen soll. In Zeiten aber, in denen linke Kuschelrechtssprechung die Polizei, die Straftäter unter oft gefährlichen Bedingungen einfängt zur Lachnummer macht und oftmals den Opfern weniger gerecht als den (ausländischen) Tätern zu Diensten ist, scheint diese

Entscheidungsregel immer öfter als der goldene Schlüssel zum Migrantbonus. In der Nacht auf den 7. Mai 2016 wurde der 17-Jährige Niklas P. (Foto) in Bad Godesberg von einer „Männergruppe“ so verprügelt und gegen den Kopf getreten, dass er ins Koma fiel und am 12. Mai in der Bonner Uni-Klinik verstarb (PI berichtete mehrfach). Nun wurde, der einige Tage später als Haupttäter festgenommene marokkanischstämmige, mehrfach als Gewalttäter bekannte, Walid S. (kl. Foto) auch auf Wunsch der Staatsanwaltschaft vom Tatvorwurf freigesprochen. „Es ließ sich nicht beweisen.“

„Wir können nicht beweisen, dass er geschlagen hat und dass er am Tatort war“, so die ermittlungstechnische Bankrotterklärung Richter Volker Kunkels bei der Urteilsbegründung. Davor schon lautete die Anklage nicht auf Totschlag, sondern auf „Körperverletzung mit Todesfolge“, da laut Staatsanwaltschaft die Blutgefäße im Gehirn des toten Jungen vorgeschädigt gewesen seien. Dazu mag man sich auch seinen Teil denken. De facto heißt das ja, dass wenn jemand das Pech hat, aufgrund einer Vorerkrankung leichter umzubringen zu sein die Tat

weniger hart beurteilt werden kann, auch wenn die Grausamkeit dieselbe war.

Staatsanwalt Florian Geßler hatte seine Forderung nach einem Freispruch damit begründet, es sei nicht zweifelsfrei sicher, dass der Angeklagte Niklas attackiert habe, es komme auch ein anderer als Täter in Betracht. Denise Pöhler (48), Niklas Mutter, die im Prozess als Nebenklägerin auftrat, ist bis zuletzt davon überzeugt gewesen, dass der Richtige auf der Anklagebank saß.

Was auffiel, dass viele Zeugen sich nicht mehr richtig erinnern konnten. Die Aussage eines Freundes des Toten, der Walid S. identifiziert hatte, reichte dem Gericht nicht aus. Es könnte sich hierbei auch um eine Verwechslung handeln, denn es gebe große Ähnlichkeit mit einem anderen Mann, der ebenfalls am Tatort gewesen sein soll, heißt es.

Thomas Düber, der Anwalt der Mutter des totgetretenen Niklas spricht von „zahlreichen Ermittlungsdefiziten“. Eine unterbliebene Nahbereichsfahndung mahnt er ebenso an, wie dass der Tatort „erst fünf oder sechs Stunden nach der Tat“ gesichert worden sei und so wohl wertvolle Spuren beseitigt werden konnten. Auch ist Dübner überzeugt, dass zahlreiche Zeugen vor Gericht schlicht gelogen hätten.

Dieses Verfahren habe die „Grenzen des Ertragbaren“ für die Hinterbliebenen aufgezeigt und sei ein „Schlag ins Gesicht für jeden aufrecht Denkenden“, so Anwalt Dübner, der aber auf Wunsch seiner Mandantin, die „durch die Hölle gegangen“ sei keinen weiteren Antrag einbringen wird. In einem zweiten Verfahren, wird es bald um einen Mitangeklagten gehen, da wird Walid S. wohl als Zeuge aussagen müssen. Thomas Dübner zeigt sich abwartend, was der „Unschuldige“ da aussagen wird.

Der heute 21-jährige Gewalttäter Walid S. wurde so nur wegen einer früheren Tat zu einer Jugendstrafe von acht Monaten verurteilt. Das Gericht verließ er dennoch an diesem Tag als

freier Mann, da diese Strafe mit der Untersuchungshaft von mehr als einem Jahr als verbüßt gilt.

Anstatt Knast steht ihm nun für die Monate, die er mehr als die verhängten acht in Haft verbrachte, eine Entschädigung zu. Ein deutscher Junge ist tot, Gerechtigkeit wird ihm wohl nie widerfahren, dafür ist ein uns „geschenkter“ Gewalttäter wieder für die nächste Tat frei. (lsg)

---



## Bad Godesberg: Refugees not welcome?

☒ Wir erinnern uns noch an die Willkommenseuphorie, die überall herrschte, als im vergangenen Jahr Millionen „Flüchtlinge“ unser gelobtes Land fluteten. So fanden auch im Flüchtlingsheim im einstmals vornehmen, schönen und friedlichen Stadtteil Muffendorf viele Rotationseuropäer und dunkelhäutige Schatzsucher herzliche Aufnahme. „Ein vorbildliches Heim“ lobte die Bezirksbürgermeisterin und Islamisierungsbeauftragte Simone Stein-Lücke (CDU) immer wieder voller Begeisterung, wenn man mal von kleinen Widrigkeiten wie gewalttätigen interkulturellen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen und dem tödlichen Unfall absieht, der im April 2014 vor dem Heim stattfand, als ein (traumatisierter) polizeibekannter, schutzsuchender Kosovare, der bereits mehrfach u.a. wegen

Körperverletzung aufgefallen war, einen albanischen Mitbewerber erstach, was die Anwohner traumatisierte.

*(Von Verena B., Bonn)*

Inzwischen sind die Transparente „Welcome“ und „Welcome everybody“ verschwunden, die vor dem Heim aufgestellt waren, und da fragen wir uns: Was ist geschehen? Ist das Rote Kreuz, das das Heim betreibt, jetzt etwa auch rassistisch geworden? Fühlen sich die Frauen im islamisch bereicherten Ort nicht mehr sicher? Treiben zu viele kriminelle Neubürger dort ihr Unwesen? Mitnichten!

Was die aktuelle Sicherheitslage in Bad Godesberg angeht, gibt die Polizei Entwarnung:

Es gäbe zwar mehr Ladendiebstähle und mehr Schwarzfahrer, insgesamt zeige die Statistik aber rückläufige Zahlen für den Stadtbezirk. Man müsse allerdings beachten, dass das Sicherheitsgefühl nicht von Zahlen abhängt. So seien fast 90 Prozent von Straßensriminalität Männer. „Deswegen fühlen sich Frauen aber abends dennoch unsicher“, berichtet der General-Anzeiger.

Der Empfehlung der Bezirksbürgermeisterin, als Frau eben abends nicht mehr in den arabisch bereicherten Stadtpark zu gehen (sie selbst ginge da jeden Abend mit ihrem Hund spazieren und ihr sei auch noch nichts passiert), scheinen die verängstigten ungläubigen Frauen und Mädchen gefolgt zu sein.

Die Polizei begründet ihre großen Erfolge u.a. mit der Tatsache, dass sie Banden wie die „Fensterbohrer“ und eine albanische Truppe dingfest gemacht habe, die es sich in der vorbildlichen Unterkunft in Muffendorf wohl ergehen ließen. Insgesamt konnten diesen Schutzsuchenden 100 beziehungsweise 74 Taten zugeordnet werden. Die abgelehnten Asylforderer wohnen derzeit in Privatwohnungen, wo sie auf ihre Abschiebung warten, die nie erfolgen wird. „Deutscheland gutt“, sagte ein neuer Mitbürger strahlend, den ich in der Seufertstraße, wo

jetzt viele Eindringlinge auf unsere Kosten leben, besorgt nach seinem Wohlergehen befragte.

Der General-Anzeiger schreibt weiter:

*Doch nicht nur die Rückläufe sind eine Besonderheit der polizeilichen Kriminalitätsstatistik. So werden nur die Delikte erfasst, die im betroffenen Jahr – in diesem Fall also 2016 – abgeschlossen wurden. Wann die Tat begangen wurde, spielt statistisch gesehen keine Rolle. Die Folge: Der tödliche Angriff auf Niklas Pöhler ist in der Statistik noch nicht erfasst worden. Er taucht erst bei den Zahlen für 2017 auf.*

Der Prozess (der nach Ansicht der Bonner Moslemlobby „bundesweit viel zu großes Aufsehen erregt hat“) gegen den mutmaßlichen Mörder Walid S. neigt sich jetzt dem Ende zu, bleibt aber auch nach zwölf Prozesstagen unübersichtlich, denn auch die letzten geladenen Zeugen können (wollen?) kein klares Bild liefern.

Während auf unseren Straßen täglich das große moslemische Schlachten stattfindet und die Polizei völlig überfordert ist, da sie jetzt nicht nur unzählige bereits im Land befindliche und zusätzlich importierte moslemische „Gefährder“, Parteien, Pax Europa und die PI-Gruppe München, sondern auch noch Moscheen, Kultürvereine, Hooligans und Reichsbürger beobachten muss) wächst das Bonner Bundesamt für Justiz (1.060 Mitarbeiter) weiter.

Deshalb sollen ab 2018 zwei Neubauten auf dem Gelände entstehen, das auch gleichzeitig Sitz des Auswärtigen Amts ist. „Aber auch das wird langfristig nicht reichen“, sagt Präsident Heinz-Josef Friehe. Die Bonner Behörde erhält daher jetzt erst Mal 40 neue Mitarbeiter. Die sollen künftig auch „Hasskommentare im Internet“ (nein, nicht die von der Antifa SA und den uns hassenden Moslems) prüfen. Man hat ja sonst nichts zu tun ...



# Prof. Norbert Bolz: Politische Korrektheit ist geistige Knechtschaft



Politische

Korrektheit ist ursprünglich ein Campus-Phänomen. Man hat den Politikern erfolgreich eingeredet, Universitäten seien pluralistische Institutionen, die nach Proporz und Quote besetzt werden müssten. Es geht also um die Bevorzugung bestimmter politisch organisierter Gruppen, die Erhöhung von Gruppenanteilen. Die ideologische Färbung eines Bewerbers wiegt seither viel schwerer als seine Qualität. Vor allem die Freiheit der Berufung ist durch Gleichstellungspolitik und Quotierung radikal beschnitten worden.

Das ist wohl eine Spätfolge der Studentenbewegung. Sie wiederholt sich heute als die Farce der Politischen

Korrektheit. Ihr Diskurs setzt sich zusammen aus „Demobürokratie“ (Niklas Luhmann) und Sprachhygiene, aus Moralismus und Heuchelei, aus Sozialkitsch und einer politisch gefährlichen Perversion der Toleranz. Und der Ton verschärft sich zusehends. Denn man wird politisch aggressiv, wenn man theoretisch nicht mehr weiter weiß. Unsere Gesellschaft wird so zum willenlosen Opfer eines Tugendterrors, der in Universitäten, Redaktionen und Antidiskriminierungsämtern ausgebrütet wird. Man darf ihn übrigens nicht offiziell als Politische Korrektheit ansprechen – das wäre politisch unkorrekt... (Fortsetzung des Essays von Norbert Bolz im – oh Wunder – linken Tagesspiegel!)

---



## Heute: Tag der Opfer der Bunte Republik

✘ Jeden ersten Sonntag im Oktober gedenken wir der Opfer des Gesellschaftsexperiments „Bunte Republik“ (u.a. hier, hier und hier). Wir gedenken der zahllosen Deutschen, die von den Kolonisten ermordet, totgeschlagen, verstümmelt, vergewaltigt wurden. Der Tod und die körperlichen und seelischen Verletzungen dieser Menschen sind uns Verpflichtung, im Kampf gegen die Kolonisation Deutschlands durch das Barbarentum aus Nahost und Afrika niemals Ruhe zu geben. Gleichzeitig ist der heutige Tag eine Anklage gegen die politischen Verbrecher in der Staatsführung, die diese Kolonisation vorantreiben, die

tagtäglichen Gewalttaten der Kolonisten totschweigen und durch ihre ideologische Verbohrtheit den inneren Frieden der einst sicheren und friedlichen Bundesrepublik Deutschland zerstört haben.

*(Von Arndt)*

Das Paradies der „Bunten Republik“ (Christian Wulff) wird jedes Jahr ein Stück mehr zur bunten Hölle. Auch in diesem Jahr erleben wir wieder eine Steigerung auf dem Weg von einer einst friedlichen, sicheren, deutschen Bundesrepublik hin zu einer gefährlichen, mörderischen, polyethnischen „Bunten Republik“. Am heutigen Tag der Opfer dieser politisch gewollten und ohne Rücksicht auf Verluste vorangetriebenen Entwicklung denken wir natürlich zunächst an die geschändeten deutschen Frauen der furchtbaren Neujahrsnacht in Köln. Wir denken an die Verstümmelten von Würzburg und Ansbach – alles Menschen, über die wir nie etwas erfahren durften, weil die Propagandapresse die Opfer totschweigt. Wir denken an den von Kolonisten totgeschlagenen Niklas aus Bonn, stellvertretend für die zahllosen Deutschen, die bisher im täglichen ethnischen Krieg in unseren Städten von Kolonisten gemordet wurden und gemordet werden – auch 2016 hieß es wieder: Das Schlachten geht weiter.

Wir denken auch an die zahllosen Deutschen und anderen Europäer, die von den Kolonisten mit der Entschuldigung, das sei eben ihre „Kultur“, aus scheinbar unpolitischen, nicht-rassistischen Gründen ermordet und geschändet wurden. Angeblich aus „privaten Motiven“ getötet, wie die von einem syrischen Dahergelaufenen ermordete Polin in Reutlingen, tauchen diese Menschen in der Bilanz des Schreckens nicht als politische Opfer auf. Dies gilt auch für die deutschen Opfer von Raubmorden wie im Fall der im Mai dahingemetzelten Rentnerin in Bad Friedrichshall – im eigenen Haus abgeschlachtet, weil der Mörder, ein Kolonist aus Pakistan, neben seinem Raubzug auch noch eine „Ungläubige“ umbringen wollte. Auch diese Menschen sind politische Tote, Opfer eines



primitiven, faschistoiden Rassismus in der Gedankenwelt der Kolonisten: Wir Deutschen und Europäer gelten als Minderwertige, „Kuffar“, deren Ermordung im Zweifel durch einen „Allah“ irgendwie entschuldigt wird. Auch diese aus angeblich „privaten“ oder „kriminellen“ Motiven getöteten Menschen sind Opfer der „Bunten Republik“: Hätte man die Vertreter dieser barbarischen Denk- und Lebensweise gar nicht erst ins Land gelassen, um Deutschland zu „buntisieren“, wäre all diese angeblich unpolitisch gemordeten Menschen noch am Leben.

Diese rassistische, faschistoide Sichtweise gegenüber uns deutschen Eingeborenen haben wir in diesem Sommer auch hundertfach und tausendfach in unseren Schwimmbädern erleben müssen, wo deutsche Frauen von den Kolonisten wie wertloses Freiwild „begrapscht“ (was für eine Verharmlosung!) wurden. Fremden Frauen im Bad in die Scheide zu fassen ist nicht traditionelle Kultur in Afghanistan, das ist auch keine angeblich typisch männliche Verhaltensweise, die schon immer Usus in Deutschland war, wie uns die verlogene Presse weismachen will. Nein, das ist Ausdruck einer rassistischen, faschistoiden Verachtung, der menschlichen Geringschätzung uns Deutschen als minderwertigen, unwürdigen Geschöpfen gegenüber. Und das ist ein Ausdruck des ewigen Gesetzes des Krieges, den man uns längst erklärt hat: Die Frauen des Feindes werden geschändet, die Männer getötet.

Wie auch immer man den heutigen Tag begehen möchte – mit einem stillen Gedenken daheim oder sichtbarem Protest vor einem öffentlichen Gebäude –, bei all den Gedanken an die Toten und Verwundeten sollten wir uns immer auch die Namen der Mittäter im Hintergrund ins Gedächtnis rufen: die Namen der Schreibtischtäter in Politik, Kirchen, Medien, Verwaltung und Justiz, die die Kolonisten aus Nahost und Afrika nach Deutschland geholt haben und noch immer holen. Es sind diese Mittäter aus dem Establishment, die wir heute ebenfalls anklagen: allesamt politische Verbrecher, deren

gemeinschaftliches Trachten tatsächlich auf die Abschaffung Deutschlands als einem sicheren und schützenden Land der Deutschen, die Wegzuchtung (Schäuble) der verhassten Eingeborenen, den Großen Austausch der Bevölkerung, in einem Wort: die unumkehrbare, ganzheitliche Umvolkung Deutschlands und in letzter Konsequenz wohl auch die physische Vernichtung der Deutschen gerichtet ist.

Der heutige Tag, an dem wir der Opfer des wahnsinnigen Experiments „Bunte Republik“ gedenken, soll uns daher auch ein Tag des Ansporns sein, in unserem politischen Einsatz und all unseren Aktivitäten niemals zu ruhen, bis wieder wirklicher Frieden in Deutschland herrscht: das heißt die Kolonisten wieder außer Landes sind und die politischen Schreibtischtäter vor Gericht.



## **Euskirchner Kinderschläger gehen straffrei aus**

☒ Das tägliche Entsetzen über „neue Formen der Gewalt unter Kindern und Jugendlichen“ hat jetzt auch die multikulturelle und vielfältige städtische Gesamtschule für deutsche und „neu zugewanderte Kinder“, die zehn kulturbereichernde Sprachen, aber kein Deutsch sprechen, in Euskirchen bei Bonn erreicht. Am 22. September prügelte dort ein Zwölfjähriger, wahrscheinlich unterstützt von einem Mitschüler, so auf seinen

gleichaltrigen Klassenkameraden Eric S. (kl. Foto, offenbar ohne Migrationshintergrund) ein, dass dieser in die Neurologische Spezialklinik nach Köln-Merheim geflogen werden musste (PI berichtete). Während Eric auf der dortigen Intensivstation noch immer im künstlichen Koma liegt und um sein Leben ringt, können die Schläger, die ihn halb totgeprügelt haben, jetzt aufatmen: Die Ermittlungen gegen sie wurden eingestellt.

*(Von Verena B., Bonn)*

Auslöser der Prügelattacke, die in der 13 Uhr-Pause im Schulgebäude passierte, war das gemeinsame Spiel mit Yu-Gi-Oh-Karten, bei dem Eric ständig gewonnen haben soll. Während der Klassenkamerad brutal prügelte, schaute ein anderer Schüler zu, der angab, dass er nicht habe eingreifen können. Dieser hatte sich bei der Polizei gemeldet. Als am Montag dann der bereits unter Tatverdacht stehende Junge und der neue, gleichaltrige Zeuge angehört wurden, habe sich, so der Oberstaatsanwalt, „der Verdacht bestätigt, dass dieser ebenfalls strafunmündige Schüler auch aktiv an dem Tatgeschehen im Schulgebäude beteiligt war“.

Boulevardmedien hatten berichtet, dass der zuerst unter Tatverdacht stehende Zwölfjährige bereits polizeibekannt sei. Dem widersprach Wolfgang Andres, Pressesprecher des Kreises Euskirchen: „Er war dem Jugendamt vorher nicht bekannt. Er ist völlig unbescholten.“

*[..] Obwohl Eltern der Mitschüler in Aussagen von früheren Übergriffen der Prügler berichten, wurden die beiden bislang noch nicht polizeilich erfasst. Auch das könnte sich nun mildernd auswirken, wenn das Jugendamt über Maßnahmen berät.*

*„Wir stehen in Kooperation mit den Eltern der beiden. Dabei geht es um Hilfe für die Jungen“, sagte der Leiter des Amtes, Erdmann Bierdel, zu BILD. „Um eine Bestrafung muss sich die Justiz kümmern. Unsere Aufgabe ist es, den beiden zu*

helfen.“ „Für uns ist der Fall abgeschlossen“, sagt der Bonner Oberstaatsanwalt Robin Faßbender. „Wir glauben recht sicher, dass keine weiteren Personen an der Tat beteiligt waren. Die beiden verdächtigen Jungen sind aber strafunmündig.“

„Wir stehen in Kooperation mit den Eltern der beiden. Dabei geht es um Hilfe für die Jungen“, sagte der Leiter des Amtes, Erdmann Bierdel, zu BILD. „Um eine Bestrafung muss sich die Justiz kümmern. Unsere Aufgabe ist es, den beiden zu helfen.“

Der erschütternde Fall erinnert stark an den Mordfall Niklas P. in Bonn-Bad Godesberg. Die Süddeutsche Zeitung muss natürlich ihren vergifteten Senf zu dem Fall beisteuern und spielt mal wieder den überschlaunen Volkserzieher:

### ***Prügelattacken wie in Euskirchen lassen sich oft verhindern***

Gewaltverbrechen, die von von Jugendlichen oder sogar Kindern verübt werden, machen immer wieder Schlagzeilen: In Berlin prügelten im März vier Kinder im Alter von zehn, elf, zwölf und 13 Jahren auf einen 13-jährigen Jungen ein, um ihm sein Handy abzunehmen. Sie schlugen immer weiter auf ihr Opfer ein, auch nachdem sie ihm das Handy schon entrissen hatten. Im Oktober 2014 eskalierte ein Streit zwischen einem Elf- und einem Zwölfjährigen an einer Bushaltestelle in Bad Königshofen. Der Jüngere stach mit einem Taschenmesser mehrfach auf den anderen ein. Im März 2013 griff eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen in Berlin einen 20-Jährigen an, der auf die U-Bahn wartete. Die Angreifer schlugen und traten so lange zu, bis das Opfer zusammenbrach und von der Bank fiel.

### ***Die Zahl der Gewalttaten auf dem Schulhof geht zurück***

Solche brutalen Gewalttaten sind jedoch Einzelfälle. Insgesamt hat die Gewalt auf Schulhöfen in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen, zeigt die Statistik der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV): 2000 gab es noch mehr

als 135.000 gewaltbedingte Schulunfälle, 2014 hingegen waren es nur noch etwas über 80.000. Das entspricht einem Rückgang von fast 40 Prozent.

Trotz der rückläufigen Zahl der Gewalttaten fordern Experten mehr Prävention, um brutale Ausschreitungen wie kürzlich in Euskirchen zu verhindern. Der Münchner Kinder- und Jugendpsychiater Adam Alfred betont: „Aggressive Verhaltensweisen kündigen sich meist lange im Voraus an.“ So reagieren etwa Kleinkinder schon unangemessen impulsiv mit Wutausbrüchen auf eher harmlose Situationen. Hier sollten die Eltern bereits mit professioneller Hilfe gegensteuern.

Sicher bekommt diese vorbildliche, bunte Schule in Euskirchen demnächst vom Innenminister den Integrationspreis – natürlich in zehn Sprachen.



## Euskirchen: 12-Jähriger fast totgeprügelt

☒ Und wieder schwebt ein Kind nach einer Prügelattacke in Lebensgefahr. An der Euskirchner städtischen Gesamtschule (NRW) wurde am Donnerstag ein 12-Jähriger brutal zusammengeschlagen, er erlitt dabei massive Schädelverletzungen und musste mit einem Hubschrauber in die Neurologische Spezialklinik nach Köln-Merheim geflogen werden.

Zuvor war der Junge gegen 14 Uhr einer Lehrkraft aufgefallen, er klagte über Schwindelanfälle. Die Lehrerin verständigte den Notarzt. Derzeit wird davon ausgegangen, dass Eric vermutlich von Mitschülern so zugerichtet wurde. Er schwebt nach wie vor in Lebensgefahr.

Eine Mordkommission der Bonner Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen. Zu den Details wollen weder Behörden noch Schulleitung Auskunft geben.

Seitens der Schulleitung heißt es nur: „Wir können und wollen uns dazu aus hoffentlich verständlichen Gründen nicht äußern.“ Der Bonner Polizeipressesprecher Frank Piontek verweist zusätzlich darauf, dass es sich aufgrund der Hinweise bei den Tätern um minderjährige Personen handeln könne, deren Persönlichkeitsrechte besonders geschützt seien.

Von den besonders zu schützenden Leben anderer Schüler hat im Zusammenhang niemand etwas gesagt.

Der Fall erinnert jedenfalls an den tragischen Tod des 17-jährigen Niklas, der Anfang Mai in Bonn von einer Gruppe südländischen Plus-Deutschen erschlagen wurde, aber auch an Daniel Sievert, der im März 2013 von einem türkischen Kopftreterrudel getötet wurde. Abgelegt unter Einzelfall™ (lsg)



# Bad Godesberg: CDU-Politikerin beleidigt Islam



Die bevorstehende, überraschende Schließung der königlichen Fahd-Akademie erregt derzeit die Gemüter der Bonner Islamlobby, war doch dieser Hassbunker mit seiner mit echtem Gold überzogenen Kuppel sozusagen das Wahrzeichen des wahabitsch-salafistischen Stadtteils Lannesdorf. Während alle heuchlerischen Kommunalpolitiker dem Verschwinden des Protztempels plötzlich nicht allzusehr nachtrauern, war die Bezirksbürgermeisterin Simone Stein-Lücke (Foto) sehr enttäuscht darüber, dass die saudischen Behörden nicht vorher mit ihr über die Schließung gesprochen hatten.

*(Von Verena B., Bonn)*

Ist sie nun gekränkt oder was ist in die Dame gefahren? Was sie als öffentliche Person auf Facebook postet, nämlich ihr Unverständnis hinsichtlich der Schließung der Akademie, entspricht nun so gar nicht dem, was wir jetzt voller Entsetzen und Scham auf ihrem privaten Profil zu sehen bekommen!

Dort postet sie nämlich laut EXPRESS die Ansicht einer halben Gurke, die einen Sehschlitz hat, mit dem zutiefst

beleidigenden Titel „Gurka“. Das Motiv wird gerade tausendfach geteilt. Vielleicht auch deshalb kann Stein-Lücke die Aufregung nicht nachvollziehen.

Macht sich die Bezirksbürgermeisterin hier über eine Religion und ihre Vollvermummungs-Mode lustig, die dank ihrer überirdischen Unterstützung in großen Teilen und zum größten Ärger der empörten Ungläubigen das Stadtbild von Bad Godesberg verunstaltet?

Dem General-Anzeiger erklärte die Islamisierungsbeauftragte mit besonderer Affinität zu Wahabiten und Salafisten:

*[..] „Es handelt sich um einen liebevoll-amüsanten Post. Keinesfalls wolle sie in Verbindung gebracht werden mit der rechten Szene. „Zumal ich mich seit Amtseintritt für Integration einsetze und gegen den bürgerlichen Rassismus in Bad Godesberg wende.“ Wogegen sie sich allerdings ausspricht, ist die Vollverschleierung. Trotzdem finde sie das Foto nicht despektierlich. „Ich lache auch über Woody Allen mit seinen jüdischen Witzen und Monty Pyton mit der Veralberung des Christentums“, meint die CDU-Politikerin.*

*Auf ihrer Seite sei der Beitrag nicht kritisiert worden. „Meine Facebook-Freunde haben den Post so verstanden, wie er gemeint war.“ Weshalb sie ihn auch nicht heruntergenommen oder abgeändert hat.*

Weiter faselt sie im EXPRESS:

*„Ich respektiere jede Religion. Habe aber immer betont, dass ich gegen die Vollverschleierung bin. Das war ein humorvoller Post, nicht mehr und nicht weniger! Vielleicht war der Zeitpunkt gestern unglücklich. Zum Schmunzeln finde ich es trotzdem“, erklärt sie auf EXPRESS-Nachfrage.*

*Erst gerade hatte sie sich zur Fahad-Akademie geäußert: „Ich bedauere eine mögliche Schließung, da die Akademie die*



*Schullandschaft bereichert. Trotz aller Friktionen in der Vergangenheit ist sie fester Bestandteil unseres gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Seit ich im Amt bin, begleite ich den Dialog mit der Akademie, kritisch und konstruktiv.“*

### ***Probleme sind nicht zu übersehen***

*Besonders im Bonner Problemviertel Bad Godesberg sind die Sorgen und Probleme, die die Bürger dort mit muslimischen Mitbürgern haben, nicht zu übersehen. Gerade auch der Fall Niklas hat gezeigt, dass in Zukunft der große Konsens gefordert ist.*

*Nicht umsonst hat Oberbürgermeister Ashok Sridharan nach den Vorfällen den Runden Tisch aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen einberufen. „Versöhnen und den regelmäßigen Dialog suchen“ sind die Stichworte der Zukunft.*

### ***Empörung im Karneval***

*Es ist nicht das erste Mal, dass Stein-Lücke einen rausgehauen hat. Unvergessen ihre Rede auf der Proklamation im November 2015. Hier eckte sie mit Sätzen zu den arabischen Gästen in Godesberg und OB Ashok Sridharan schwer an. In Zukunft wäre für eine öffentliche Person etwas mehr Fingerspitzengefühl wünschenswert.*

Der Bonner FDP-Abgeordnete Werner Hümmrich meinte hierzu genervt: „Frau Stein-Lücke hat ganz klar eine Grenze überschritten.“ Nicht auszudenken, wenn diese verwirrt erscheinende Dame mit den zwei Gesichtern vielleicht auch noch auf die Idee käme, dem scheidenden Leiter ihrer geliebten Fahd-Akademie, Ibrahim Al Megren, als Abschiedsgeschenk die Mohammed-Karikatur zu überreichen, um von ihrer Chefin Merkel einen Preis für Pressefreiheit und Mut zu bekommen wie seinerzeit Kurt Westergaard. Das wäre dann die einzige Auszeichnung, die sie sich vor ihrer baldigen Verabschiedung

aus der Politik wegen Krankheit oder aus persönlichen Gründen verdient hätte.

---



## Mörder von Niklas P. schon bald wieder frei?



Um es gleich vorwegzunehmen; dieses Thema tut weh. Weh an Seele, Geist und dem Gerechtigkeitsempfinden. Es geht um den traurigen Fall von Niklas P. aus Bonn/Bad Godesberg, der ja bekanntlich im Mai dieses Jahres von einer „Männergruppe“ so lange gegen den Kopf getreten und geschlagen wurde, bis er nach einer Woche auf der Intensivstation, um sein Leben kämpfend, an den Folgen dieser entsetzlichen Tortur verstarb. PI berichtete mehrfach darüber.

*(Von cantaloop)*

Die Täter wurden gefasst – und sitzen derzeit (noch) in U-

Haft. Sie haben allesamt Migrationshintergrund. Soweit zu den bekannten Tatsachen. Doch jetzt ist ein ominöses medizinisches Rechtsgutachten aufgetaucht und attestiert eine angebliche „Vorschädigung des Hirnes“ von Niklas, so dass der Tritt gegen seinen Kopf, ausgeführt durch den marokkanisch-stämmigen Walid S., schlussendlich nicht ursächlich für den tragischen Tod des 17-Jährigen gewesen sein soll. Deshalb sei eine Neubewertung des Falles zugunsten des Täters angeraten. Denn das Ableben von Niklas sei offenbar durch den Riss einer Ader seines Gehirnes eingetreten, die laut dieses Gutachtens offenbar von einem Schlag stammte, der dem Tritt gegen den Kopf vorausging. Formaljuristische Spitzfindigkeiten und Spekulationen vom Allerfeinsten. So eine Posse wäre in keinem anderen Land dieser Erde möglich. Nur eben bei uns.

Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten der Interpretation dieser gerichtsmedizinischen Neubewertung. Es wird zum Einen gemutmaßt, dass der Haupttäter aufgrund dieser Einschätzung schon bald freikommen könnte, weil sich nun der Tatbestand des Totschlages nicht aufrechterhalten ließe – sondern einer wesentlich milder geahndeten „Körperverletzung mit Todesfolge“ weichen müsse. Andererseits wäre es auch denkbar, dass die Staatsanwaltschaft den unbestreitbaren Vorsatz zur Tat nun höher einstuft – und auf Mord plädiert. Was jedoch aus der Empirie der deutschen Rechtsprechung gesehen sehr unwahrscheinlich ist.

Also lautet die Quintessenz dieses mehr als fragwürdigen Gutachtens; durch die Vorschädigung seines Gehirns sei der bis dato putzmuntere Niklas an den Folgen dieses leichten Schlages verstorben, der bei vollkommener Gesundheit des Opfers wohl eine deutlich geringere Verletzung verursacht hätte. Medizinisch absurd, darüber hinaus höchst spekulativ – und menschlich gesehen zum Erbarmen. Da bleibt selbst hartgesottenen Zeitgenossen die Spucke weg – und Tränen der ohnmächtigen Wut steigen auf.

*De mortuis nil nisi bene* – diese Erkenntnis scheint im bunten

Deutschland des Jahres 2016 keine Relevanz mehr zu haben. Vor allem nicht, wenn es sich um die Konstellation „deutsches Opfer und zugewanderter Täter“ handelt. Es erweckt vielmehr den Anschein, dass dem bedauernswerten Niklas nochmals der Schädel „auseinandergenommen“ wird – um Beweise zu suchen, die den (mehrfach vorbestraften) Täter entlasten sollen – und das Opfer post mortem verunglimpfen. Keine Würde und Anstand gegenüber dem beklagenswerten Opfer, den trauernden Eltern und Freunden – und an Pietätlosigkeit kaum zu übertreffen. Aber mittlerweile eben auch typisch „deutsch“. In einem Land, wo der Täter, vor allem wenn es sich um „stolze“ und „ehrenhafte“ junge Muslime handelt, die aggressiv wie Raubtiere aus einer sicheren Gruppe heraus Wehrlose attackieren, eigentlich immer eine höhere Beachtung erfährt als sein Opfer.

Man kann nur hoffen, dass die Staatsanwaltschaft in Bonn die richtigen Schlüsse aus dieser Neubewertung ableitet – aber man ahnt bereits, dass dies sicher nicht der Fall sein wird. Der möglicherweise bereits in seiner Zelle feixende Walid S. aus dem Mahgreb könnte also schon bald wieder mit seiner Gang durch die Straßen von Bad Godesberg ziehen. Und sich das nächste deutsche „Opfer“ suchen...



## **Bad Godesberg: Verweigert die**

# Polizei Spezialeinsätze?

# nächtliche



Seit der Hinrichtung des Schülers Niklas P. durch einen Jugendlichen mit marokkanischem Hintergrund, an der andere Jugendliche beteiligt waren, beziehungsweise sie nicht verhindert haben, kann die seit vielen Jahren feige unter vertuschte, wachsende migrantische Jugendkriminalität im internationalen, bunten Bad Godesberg nicht länger unter den Teppich gekehrt werden.

*(Von Verena B., Bonn)*

Angesicht dieser Gewalt einer „neuen Dimension“, sind Politik, Justiz, Polizei und Ordnungsdienste nun stärker gefordert, die noch verbleibende, das heißt, die noch nicht aus Angst und Wut weggezogene einheimische Bevölkerung in Bad Godesberg zu schützen, die das Vertrauen in die Polizei verloren hat, die bislang ihre Ängste nicht ernst genommen und sie lächerlich gemacht hat. Mit einem neuen Sicherheitskonzept will die Polizei jetzt das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen. Aber dieses Konzept stößt bei einigen Polizeibeamten offensichtlich auf Widerstand.

Wie der General-Anzeiger berichtet, sieht das neue Konzept „Präsenz- und Interventionseinsätze“ vor, das heißt, es sollen

einerseits mehr Beamte auf der Straße unterwegs sein, andererseits sollen potenzielle jugendliche Straftäter bei nächtlichen Kontrollen an den Brennpunkten noch stärker in den Fokus rücken. Zu diesem Zweck sollten alle Direktionen mit an Bord sein. Doch dem sei nicht so, heißt es in einem (anonymen) Brief eines „Angehörigen des Polizeipräsidiums Bonn“, der sich an den GA gewendet hat. Einige Mitarbeiter hätten sich geweigert, an den nächtlichen Interventionseinsätzen teilzunehmen, „das sei zu gefährlich für sie, sie seien einfach zu alt“. Bewaffnete Polizeibeamte hätten sich geweigert, „die Godesberger Bevölkerung zu schützen. Aus meiner Sicht ein Skandal!“ Doch das ist nicht der einzige Kritikpunkt.

Ein weiterer ist das Vorgehen der Behördenleitung. „Im Ergebnis müssen jene furchtsamen Polizeibeamten jetzt nur dann Dienst in Bad Godesberg verrichten, wenn zeitgleich auch die Einsatzhundertschaft eingesetzt ist.“ Es sei also quasi Polizei nötig, um die Polizei zu schützen. Für die Bad Godesberger bedeute dies weniger Polizei zu Brennpunktzeiten, „weil die Einsatzhundertschaft am Wochenende selten für Einsätze in Godesberg zur Verfügung steht“.

Polizei und Stadtordnungsdienst haben in den beiden Nächten am Wochenende intensive Kontrollen durchgeführt und etwa 90 Personen überprüft, darunter zwei Jugendliche im Alter von 16 und 18 Jahren im weltoffenen Kurpark, die geringe Mengen einer Droge mit sich führten. Dann überprüften sie eine Gruppe Jugendlicher und wurden dabei permanent von einem 19-Jährigen gestört und beleidigt. Zwei weitere Jugendliche wurden wegen des Verstoßes gegen „ausländerrechtliche Bestimmungen“ vorläufig festgenommen. Diese Kontrollen würden fortgeführt, so Dienstgruppenleiter Stefan Scharfenstein. Außerdem gibt es dreimonatige Aufenthaltsverbote für 15 polizeibekanntes Straftäter. Sie müssen sich zu bestimmten Zeiten von Parks und Plätzen fernhalten, (ähnlich wie die Aufenthaltsverbote für einige Muslime der Friedensreligion, die an dem Blutbad am 5.

Mai 2014 vor der verfassungsfeindlichen König-Fahd-Akademie beteiligt waren und die sich dort nicht mehr aufhalten durften).

„Kriminelle Ausländer raus“ dürfen Dunkeldeutsche („Rassisten“, „Nazis“ „Pack“, „Dödels“) nicht überall laut fordern (der Ruf wurde auf einer Großdemo in Dortmund verboten, aber trotzdem von über 1000 Demonstranten skandiert), aber die kriminellen Schätzchen bleiben sowieso unbehelligt und lachen sich kaputt über so viel Dummheit der toleranten Behörden, und laut Angela Merkel müssen wir ja „Gewalt von Migranten aushalten“ nach dem Motto: „Heute bist du tolerant, morgen tot im eigenen Land!“ Wenn es nach unserer Regierung geht, dann schaffen wir das, denn auch die staatsfinanzierte Antifa sagt: „Nur ein toter Deutscher ist ein guter Deutscher!“, und Merkel und Antifa haben immer Recht, denn sie regieren das Land!



## **Godesberger Treff: Wie sicher ist unsere Stadt?**



Eigentlich gab es sie offiziell ja bisher gar nicht, die migrantische Jugendgewalt, die wir früher merkwürdigerweise trotz Multikulti nicht hatten und jetzt tolerant übersehen sollen, weil wir ja keine Rassisten und außerdem selber schuld an diesem Phänomen sind. Jetzt aber haben die Silvester-Taharrushs und der Mord an Niklas P. das Fass zum Überlaufen gebracht: Die einheimischen Opferlämmer wollen nicht mehr länger schweigen und fühlen sich jetzt legitimiert, endlich lautstark ein hartes Durchgreifen von Politik, Polizei und Justiz zu fordern. Eilfertig organisieren die politischen Komplettversager daher jetzt zahlreiche Veranstaltungen (u.a. Runde Tische, Reihe Godesberger Treff, Justiz konkret) zum Thema Jugendkriminalität. Auf Einladung des General-Anzeigers (GA) fand am 4. Juli 2016 im Pfarrzentrum St. Marien ein weiterer „Godesberger Treff“ statt.

*(Von Verena B., Bonn)*

Gekommen waren mehr als 100 sehr erzürnte Bürger, weit überwiegend die 50 Plus-Generation, um die Verantwortlichen zur Rede zu stellen und ihnen lauthals den Marsch zu blasen.

Das Podium war hochkarätig besetzt (v.li.): Selbstverständlich war der Vorzeige-Dechant und Antifa-Unterstützer Wolfgang Picken anwesend, neben ihm die Polizeipräsidentin Ursula Brohl-Sowa (parteilos, den Grünen nahe stehend), ferner Sebastian Fiedler, stellvertretender Bundesvorsitzender und



Landesvorsitzender NRW beim Bund Deutscher Kriminalbeamter, der aus organisatorischen Gründen mit einiger Verspätung eintraf, der überwiegend systemkonforme GA-Chefredakteur Dr. Helge Matthiesen, der es „mutig“ findet, dass das Thema jetzt in Bad Godesberg angesprochen wird, Gerd Landsberg, Geschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, sowie der OB und Antifa-Anhänger Ashok Sridharan (CDU) mit den indischen Wurzeln. Von den Lokal-Politikern war, soweit ersichtlich, lediglich der CDU-Fraktionsvorsitzende Philipp Lerch als stiller Beobachter gekommen.

### **Eine erschütternde Bilanz**

Zunächst berichtete Antonia Wachendorff, Schulsprecherin der Otto-Kühne-Schule, über ihre täglichen Erfahrungen. Grundsätzlich gingen die Schülerinnen und Schüler aus Angst vor Übergriffen nur noch in Gruppen durch Bad Godesberg. Bedrohungen mit Messern, Anfassen und Beschimpfungen der Mädchen kämen häufig vor. Ab der Mittelstufe würden Selbstverteidigungskurse für Mädchen angeboten. Viele Mädchen hätten Pfefferspray dabei. Es könne aber doch nicht sein, dass man sich bewaffnen muss, um sich abends sicher zu fühlen. Angsträume seien der Kurpark, die Rheinallee, die Bonner (Salafisten) – und die Koblenzer (Fathi)-Straße (die dortige DITIB-Moschee ist nach dem Christenmörder Fathi benannt). Anzeigen würden nicht erstattet, da dies sinnlos erscheine. Das führe dann natürlich zu „Grauzonen“ in den Statistiken. Brohl-Sowa riet dringend dazu, mutig alles anzuzeigen, da in den Statistiken nur das erfasst werden könne, was angezeigt wird. Außerdem böte auch die Polizei Selbstverteidigungskurse für junge Frauen an.

Dann wurde Wolf Kuster, Leiter der Initiative „Go respect“ gefragt, ob sich seit den 14 Jahren des Bestehens der Initiative etwas im Stadtbezirk verändert habe. Bezüglich der Gewaltkriminalität der Jugendlichen habe sich nichts geändert. Niklas P. sei selbstverständlich kein Einzelfall, er hätte auch vor 14 Jahren passieren können. Geändert habe sich

hingegen das Verhalten der Bürger, die immer lauter protestieren. Eine Kriminalitätsstatistik sei nicht das geeignete Instrument, um das Sicherheitsgefühl der Bürger zu messen, denn auch eine angeblich rückläufige Gewaltkriminalität bedeute, dass immer noch viel zu viel Gewalt zu verzeichnen sei. Er sei außerdem sicher, dass die Dunkelziffer der tätlichen und sexuellen Übergriffe sehr hoch sei. Es würden mehr Polizisten, bessere Ausleuchtung der Gefahrenzonen und Überwachungskameras benötigt, und die Justiz solle zu härteren Strafen kommen, aber auch dann könne niemand garantieren, dass dadurch Gewalt gänzlich ausgeschlossen werden könne.

### **Woher kommt die Gewalt und was kann man dagegen tun?**

Woher die Gewalt kommt, wissen nur Allah und die Imame (das wurde natürlich nicht laut gesagt)! Der humanitäre Pfarrer Picken beanstandete, dass in den Kitas und Schulen zu wenig präventiv gearbeitet und an Personal gespart werde. Dem widersprach Landsberg: Der Staat könne nicht alles leisten, Kitas und Schulen nicht die Familien ersetzen, die wieder aktiviert werden müssten. Zu den Elternsprechtagen kämen gerade diejenigen Familien nicht, die es am nötigsten hätten. (Welche das wohl sein mögen?). In Schweden müssen Eltern ein Bußgeld zahlen, wenn sie nicht zu den Sprechtagen kommen.

Bezüglich der brutalen und besonders hohen Bandenkriminalität wies Brohl-Sowa beschwichtigend darauf hin, dass man im Jahr 2012 erfolgreich gegen die „Black Jackets“ und 2015 gegen die „Rabiata“ angegangen sei. Katastrophal ist es natürlich auch, dass der Sparminister 10.000 Polizistenstellen abgebaut hat, die jetzt dringend benötigt werden.

Pfarrer Picken, der alle Menschen, besonders aber Männer liebt, nutzte die Gunst der Stunde, um flugs ein bisschen Werbung für seine islamkriechende Kirche zu machen, aus der immer mehr Menschen austreten. Angesichts der Missbrauch-Skandale in der katholischen Kirche müssen jetzt die

Jugendleiter entsprechende Schulungen machen, und es gebe Ombudsleute, die sich in Schulen und Jugendeinrichtungen darum kümmern, dass kein sexueller Missbrauch mehr an Kindern und Jugendlichen stattfindet. Außerdem plädierte er dafür, dass mehr Sozialarbeiter eingestellt werden müssten, die sich um die armen kriminellen Jugendlichen kümmern sollen. Herr Landsberg lachte sich kaputt und fragte, woher die Stadt denn auch dafür noch das Geld nehmen solle, wo sie doch bereits in Milliardenhöhe verschuldet sei. (In den Jahren 1982 bis 2002 haben sich die Schulden der Stadt Bonn auf 880 Millionen Euro verdoppelt. Ende September 2014 lagen die Schulden der einstigen Hauptstadt bei knapp 1,675 Milliarden Euro. Die Gesamtverschuldung der Stadt Bonn wird bis 2020 auf mehr als 2,1 Milliarden Euro steigen, weil Deutschland ein reiches Land ist, aber wir schaffen das, weil wir sämtliche Steuern, Versicherungen und Krankenkassenbeiträge erhöhen, Schulen, Straßen und Brücken verrotten lassen, Schwimmbäder und Theater schließen, den Arbeitssklaven Hungerlöhne zahlen und dafür sorgen, dass Sparen auch nichts mehr hilft, weil es nur „historische“ Zinsen (Werbung der deutschen Bank), also Null-Prozent-Zinsen gibt und das Ersparte immer weniger wert ist.

Was Landsberg, wohlweislich nicht sagte: Er hat sich dafür ausgesprochen, mehr Flüchtlinge als Polizisten im öffentlichen Dienst anzustellen – sein Beitrag zum Wohl der Asylbetrüger und zum erfolgreichen Bevölkerungsaustausch!

Als Sebastian Fiedler eintraf, der in den volkserziehenden Quasselshows des Staatsfernsehens immer erfrischend deutlich und politisch inkorrekt klare Kante zeigt, wurde er weder begrüßt noch zu einem Redebeitrag aufgefordert, warum, kann man sich denken. Die wenigen Sätze, die er gnädigerweise dann doch noch sprechen durfte, hatten es dafür in sich.

Die Stadt bekommt also mehr Polizisten und Ordnungsleute, die Gefahrenzonen werden besser beleuchtet und die Büsche gestutzt. Wenn möglich, sollen Überwachungskameras angebracht werden. Folgendes wurde nicht gesagt, soll aber hier erwähnt

werden: Jetzt werden junge Straftäter stärker beobachtet. 15 polizeibekannte Jugendliche haben in den vergangenen Wochen Post bekommen: Drei Monate lang müssen sie sich zu bestimmten Zeiten von den bekannten Brennpunkten fernhalten, dann können sie weitermachen.

Picken schlug vor, dass die neuralgischen Zonen (Polizei: „Es gibt keine No-Go-Areas in Bonn, nur Stadtteile in die man besser nicht gehen sollte.“) definiert werden sollten. Fiedler wies darauf hin, dass die Politik immer erst reagiere, wenn so gravierende Dinge wie der Silvester-Taharrush oder der Mord an Niklas passieren. Bisher gar nicht angesprochen habe man die Probleme mit den „Flüchtlingen“. Da es keine Probleme mit Flüchtlingen zu geben hat, wurde darüber auch nur ein bisschen gesprochen.

## **Diskussion**

Die Bürger fürchten den Niedergang des früher schwer bewachten Diplomatenviertels von Bonn, das sich durch den Zuzug von immer mehr Arabern und Nordafrikanern zur Angst-Zone für Einheimische entwickelt hat.

Eine Dame fragte erzürnt, wie es sein könne, dass jugendliche Intensivtäter frei herumlaufen und nicht bestraft werden, während man z.B. bei geringfügigen Verkehrsdelikten sofort bestraft werde, und ob sich auch die Moscheegemeinden an den Bürgergesprächen beteiligen. Der OB antwortete, man werde die Muslime einladen. Hier log er, denn die Moscheegemeinden wurden bereits zu den Veranstaltungen eingeladen, die Herrenmenschen kamen aber natürlich nicht.

Angesprochen wurde auch der aktuelle Fall, wonach kürzlich ein 12-Jähriger von zwei Jugendlichen, einer von ihnen ein 15-jähriger polizeibekannter Marokkaner, festgehalten, mit einem Messer bedroht und kurzfristig eingesperrt wurde. Die Jugendlichen wollen Geld von ihm erpressen. Als sie den Jungen laufen ließen, um das Geld zu beschaffen, informierte dieser

seinen Vater, der sofort zur Polizei ging und Anzeige erstattete. Danach bedrohte der Marokkaner auch den Vater. Das Haus der Familie wird nun von einem Sicherheitsdienst überwacht und der Junge wird morgens unter Aufsicht mit dem Auto zur Schule gefahren. Die Familie will jetzt wegziehen, so, wie es zahlreiche andere Godesberger inzwischen auch getan haben, denen die Stadt inzwischen zu bunt geworden ist. Durch den Zuzug vieler Immigrantenfamilien mit schönen Kopftüchern, Hidschabs, Vollschleiern mit Sehschlitz, Nachthemden und Häkelmützchen wird dieses Defizit aber locker ausgeglichen: Bad Godesberg hat zum Glück kein demografisches Problem!

Ein Herr stellte fest, dass die zugesagte polizeiliche Überwachung des Kurparks nicht stattfindet und die Polizei lüge, wenn sie das behauptete. Eine Spanierin, die in der Flüchtlingshilfe tätig ist, monierte einerseits, dass sie sich als katholische Frau im luftigen Sommerkleid beim Stadtspaziergang mit ihrer Familie und wenn sie gar ihrem Mann einen Kuss gebe, an manchen Tagen mit ihrem Glauben und ihrer Lebensart in der Minderheit fühle. Andererseits lobte sie den multikulturellen Charakter des Stadtbezirks mit seinem hohen Anteil an Migranten, Flüchtlingen und Medizintouristen und kritisierte empört den „rechtsradikalen Aufmarsch der Identitären“, der vor kurzem am Von-Groote-Platz stattgefunden habe.

Der OB meinte lapidar, dass sei eben so in einem freien Land, man bemühe sich aber, preiswerten Wohnraum zu schaffen, um die Invasoren besser verteilen zu können. Die Bürger sollten eben selber öfter in die Innenstadt kommen, dann würde sich auch das öffentliche Erscheinungsbild ändern – ein sehr guter Tipp, dem alle gerne folgen werden, wenn auch ihnen ein persönlicher Bodyguard oder ein Kampfhund zur Verfügung gestellt wird.

Ein Herr ärgerte sich über die zunehmende Ausschilderung von Geschäften ausschließlich in arabischer Sprache, arabische Geschäftsleute, die kein Deutsch verstehen und die Flyer für die Medizintouristen, die es auch nur auf Arabisch gebe und

nach dem Ramadan gebe es auch wieder nur Lärm. Auf den ersten Teil der Frage ging der OB nicht ein, von den Flyern wusste er nichts. Ein Ex-Strafrichter aus Berlin-Moabit betonte, dass zeitnahe Verfahren und ein paar Wochen Knast bei kriminellen Jugendlichen sehr wohl eine äußerst positive Wirkung hätten.

In der Diskussion thematisierten einige Besucher dann doch noch den laut GA „vermeintlichen“ hohen Anteil von Straftätern aus Zuwandererfamilien. Offizielle Zahlen, die das belegen würden, gäbe es jedoch nicht. Ein Besucher meinte, dass es den Parteien an Mut fehle, die richtigen Fragen zu stellen. Fehlende Aufklärung führe zu Gerüchten. Diese Ansicht vertrat auch Fiedler, der darauf hinwies, dass die Probleme seit langem bekannt seien und die Politiker die Sorgen der Bürger ernst nehmen müssen. Die Probleme mit „Flüchtlingen“ habe man bisher nicht angesprochen.

Als sich die Diskussion mit dem Publikum zuspitzte, wurde es dem Herrn Chefredakteur zu ungemütlich und er meinte, dass man nun langsam zum Schluss kommen müsse, da der OB noch einen wichtigen Termin habe. Das stimmte aber nicht, denn der gütige OB sagte, er hätte noch Zeit.

Eine Besucherin teilte mit, dass einige Bekannte schon ihre Theater-Abos gekündigt hätten oder nicht mehr zu den Vorstellungen gingen, weil sie Angst vor dem Heimweg hätten. Auch hier solle die Polizei für entsprechenden Schutz sorgen.

Ein Kampfsporttrainer aus der hochkriminellen Moslem-Salafisten-Enklave Tannenbusch berichtete, dass sein Training mit problematischen Jugendlichen äußerst erfolgreich sei, da die jungen Männer sehr gut auf die „Hau drauf“-Therapie reagieren, bei der sie Aggressionen abbauen können und Erfolgserlebnisse haben.

Dann war das Treffen, dem noch viele weitere folgen sollen, zu Ende. Ein mir bekannter Herr rauschte an mir vorbei und sagte wütend: „Die haben schon wieder nicht über das gesprochen, was

uns interessiert und was wirklich wichtig ist.“

---

## **Video: PEGIDA Dresden vom 30. Mai 2016**

Kirchen, Politik, Medien und andere linke Deutschlandvernichter aller Art haben uns auch in den vergangenen Tagen wieder bewiesen, die Islamisierung, Wertezersetzung und Meinungsdictatur soll rasant vorangetrieben werden. Aber auch offenbar von eben dieser unseligen Allianz völlig verbildete Normalbürger, die angesichts eines von einem Migranten totgeschlagenen deutschen Jungen für noch mehr bunte Gewalt demonstrierten, zeigen, wie wichtig es ist ein Gegenzeichen zu setzen. Europas größte Bürgerbewegung macht das auch heute wieder, um 18.30 Uhr am Altmarkt in Dresden. Es darf keine Ausreden mehr geben, das Wetter, die Zeit, die Kinder, gerade für Letztere sollten alle, die es irgendwie ermöglichen können, auf die Straße gehen und gemeinsam den Beweis erbringen für PEGIDAS Motto zum Tag: „Zusammenhalt macht stark!“ Für alle anderen gibt's hier den Livestream und auf Epoch Times den Liveticker.

---



# Laschet trauert an der Seite von Niklas' Mutter



Der heimtückische

Mord an Niklas P. gibt der katholischen Kirche in Bad Godesberg endlich den ersehnten Auftrieb, nachdem immer mehr Gläubige aus der islamkriechenden Kirche austreten: Die Hostien reichten nicht aus, um 1.200 Christen zu speisen, die zum Fronleichnamsgottesdienst in den Panaoramapark gekommen waren. Das ist ein beliebter Ort für Überfälle von Menschen mit dunklem Teint, von denen die Bezirksbürgermeisterin Stein-Lücke, die dort jeden Morgen und Abend mit ihrem Hund spazieren geht, allerdings nichts weiß und Frauen, die Angst haben, empfiehlt, dann eben dort nicht hinzugehen. Gottesdienst und Prozession waren dem Gedenken an Niklas gewidmet. In der ersten Reihe der Prozession (Bildmitte): Niklas Mutter und neben ihr der CDU-Fraktionschef im Landtag, Armin Laschet (hält die Mitgliedschaft von Milli-Görüs-Faschisten in der CDU für integrativ).

*(Von Verena B., Bonn)*

„Wir wollen heute ein ökonomisches Zeichen gegen Gewalt und für Nächstenliebe setzen, Christus in der Öffentlichkeit sichtbar machen“, sagte Vikar Benjamin Härte von der evangelischen Christuskirche.



Dechant Wolfgang Picken instrumentalisierte den Mord an Niklas auf unerträgliche Weise und berichtete in seiner Predigt von hasserfüllten Mails, die ihn in den letzten Tagen erreicht hätten. „Wir werden dir die Fresse polieren“ habe es in einer Mail geheißen. Er werde nüchtern bleiben und sich davon nicht provozieren lassen, nicht vom Weg der christlichen Nächstenliebe abbringen lassen. „Aber wir werden die Finger in der Wunde lassen und unablässig gegen Gewalt in Bad Godesberg agieren und für ein friedliches Miteinander arbeiten“, rief der Dechant den Gläubigen zu.

Der General-Anzeiger berichtet weiter:

*Der engagierte Pfarrer verwahrte sich vehement gegen den Vorwurf, in Bad Godesberg sei man besonders sensibel. „An der Stelle, wo Niklas totgeprügelt wurde, ist schon viel geschehen. Viel zu lange ist nichts unternommen worden. Jetzt muss etwas passieren. Wir wollen keine Angst um unsere Kinder haben“, sagte Picken.*

Hier stimmt er voll und ganz mit den Forderungen der Patrioten überein, die am 14. Mai dieselben Ängste vorgetragen hatten.

An dieser Kundgebung nahm der fromme Pfarrer allerdings nicht teil, dafür an der Gegendemonstration der Kommunisten und Stalinisten der gewalttätigen Friedensorganisation „Bonn stellt sich quer“ von Antifa und Gewerkschaften, die im Gedenken an Niklas „Nazis raus!“ brüllten.

*Der Geistliche kritisierte erneut Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Die Landesregierung habe bis heute keine Anteilnahme bekundet. Eine vertane Chance, die nur zu einer weiteren Politikverdrossenheit führe. „Ich freue mich, dass Armin Laschet zu uns gekommen ist und ein Zeichen setzt“, sagte Picken unter Beifall. „Seid Monstranz. Zeigt, dass ihr Christen seid“, appellierte Picken an die Gläubigen, bevor sich der Prozessionszug zur Gedenkstelle für Niklas in Bewegung setzte. [...]*

*[..] Nach dem Schlusseggen in der Herz-Jesu-Kirche nahm Oppositionsführer Laschet im Gespräch mit dem GA Stellung zu Pickens Kritik an der Landesregierung. „Die Menschen dürfen mit ihren Ängsten nicht allein gelassen werden. Ich fordere mehr Polizeipräsenz und Videoüberwachung“, sagte Laschet. Die Fronleichnamfeier sei die beeindruckendste gewesen, die er je erlebt habe. Laura Deffer (15) und Marlene Tauch (14) waren bewegt: „Es war eine großartige Demonstration des Zusammenhalts.“*

Türken-Einschleimer Laschet, der die türkischen Nationalisten als neue Wählerschaft gewinnen möchte und daher kein Problem mit diesen Rassisten hat, fordert dementsprechend mehr Respekt vor Migranten und hält Türken für einen Glücksfall für Deutschland.

Außerdem lebt Laschet auf dem Mond. Im Fernsehen log er, dass die Muslime im Ruhrgebiet friedlich mit Nichtmuslimen zusammenleben würden, und deshalb gebe es dort auch keine PEGIDAS (es haben bisher 60 Kundgebungen stattgefunden). Als ich den Politiker per Mail darüber aufklärte, schmiss er mich danach sofort in seinen Spam-Abfalleimer, weil er Fakten, die seine türkischen Fundamentalistenfreunde ärgern könnten, grundsätzlich nicht zur Kenntnis nimmt.

„Gewalt im Alltag“ ist in Bad Godesberg schon lange ein großes Thema, und es finden viele Veranstaltungen statt, in denen man lernen soll, wie man sich im Ernstfall richtig verhält. Das Quartiersmanagement im mohammedanisierten Stadtteil Lannesdorf (Salafisten-Blutbad am 5. Mai 2012) hatte die Polizei schon vor mehreren Wochen wieder einmal zum Thema „Zivilcourage“ eingeladen.

Am Freitag gab die Polizei praktische Tipps zum Umgang in Gefahrensituationen. Dabei ging es um eine Situation während einer Straßenbahnfahrt, in der zwei Skinheads einen Schwarzen anpöbelten und bedrohten. Die drei waren Schauspieler, die

Fahrgäste wussten das jedoch nicht. Anhand ihrer Verhaltensweisen nannte Ulrich Hansmann von der Polizei sechs wichtige Regeln für derartige Situationen, weil der „Kampf gegen Rechts“ härter geführt werden muss.